



VEREINIGUNG DER HESSISCHEN
UNTERNEHMERVERBÄNDE

Mehr Wirtschaft wagen!

Mehr Freiheit leben!

Erwartungen der hessischen Wirtschaft
zur Bundestagswahl 2017

**- Bereich
Finanzen -**

Frankfurt am Main
Stand: 5. Juli 2017

Für solide Staatsfinanzen und niedrigere Steuern

Generationengerechtigkeit: Investitionen steigern, Schulden abbauen

Der dauerhafte Verzicht auf neue Schulden war eine wichtige politische Weichenstellung. Im Sinne der Generationengerechtigkeit muss dieser Weg fortgesetzt werden. Zusätzlich ist eine Haushaltsstrukturreform nötig: Konsumtive Ausgaben müssen langsamer wachsen als der Gesamthaushalt. Haushaltsspielräume sollte der Bund für höhere Investitionen, für den Nettoschuldenabbau und für steuerliche Entlastungen nutzen.

Leistung muss sich lohnen – Bürger steuerlich entlasten!

Das Steuersystem muss an vielen Stellen reformiert werden, damit Leistung und Investitionen sich mehr lohnen. Der Solidaritätszuschlag muss rasch abgeschafft werden – ein nur schrittweises Abschmelzen bis 2030 wäre zu langsam. Im Einkommensteuertarif sollte der sog. „Mittelstandsbauch“ beseitigt und der Schwellenwert des Spitzensteuersatzes angehoben werden, um Bezieher mittlerer Einkommen zu entlasten. Die Grundsteuer sollte unbürokratisch als Flächensteuer erhoben und aufkommensneutral reformiert werden.

Wachstum braucht Investitionen – Betriebe steuerlich entlasten!

Um unternehmerische Investitionen anzukurbeln, muss die Steuerlast sinken. Eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung sollte größenklassenunabhängige durch eine 10-Prozent-Steuerzugschrift eingeführt werden. Die Gewerbesteuer muss reformiert werden, da die gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Fremdkapital-Finanzierungskosten wie Zinsen, Mieten, Pachten, Leasing und Lizenzgebühren zu einer schädlichen Substanzbesteuerung führt. Die Luftverkehrssteuer gehört abgeschafft, weil sie die deutsche Luftverkehrswirtschaft und insbesondere den Wirtschaftsstandort Hessen im internationalen Wettbewerb benachteiligt.

Keine Belastungen durch Steuererhöhungen

Der Bund hat kein Einnahmeproblem. Es gibt keine plausible Rechtfertigung um Bürger und Betriebe mit neuen oder höheren Steuern zu belasten. Eine Vermögensteuer wäre unsinnig, da sie Betrieben massiv Geld für Investitionen entzöge. Die Erbschaftsteuer muss mittelstandsfreundlich ausgestaltet bleiben und darf nicht zu weiteren zusätzlichen Belastungen führen. Eine Finanztransaktionsteuer ist abzulehnen, da sie den Finanzplatz Frankfurt erheblich schwächen würde. Die Abgeltungsteuer hat zu einer einfacheren, transparenteren und gerechteren Regelung beigetragen und muss erhalten bleiben. Falls Kapitalerträge wieder mit dem persönlichen Einkommensteuersatz statt pauschal versteuert würden, droht eine inakzeptable Mehrbelastung, da die Erträge auf Ebene der Unternehmen bereits einmal versteuert worden sind.

Rückkehr zu verantwortlicher Geldpolitik

Die Geldflut der EZB muss gestoppt werden. Wohlstand wird nicht mit der Notenpresse gedruckt, sondern erarbeitet. Der riesige Aufkauf von Staatsanleihen führt im Euro-Raum zu Inflationsrisiken und zu einer Haftungsunion ohne politische Legitimation. Eine Aufstockung der sogenannten „Rettungsfonds“ und die Einführung von Euro-Bonds würden Anreize beseitigen, Staatsdefizite zu verringern. In Deutschland muss Bargeld uneingeschränkt als gesetzliches Zahlungsmittel erhalten bleiben.